

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pl., monatlich 22 Pl., ohne Postbefreiung. Für Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 3. Dezember 1918

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 20 Pl. die fünfgehaltene Zeile; Annoncen- und alle sonstigen Reklamanzzeigen 60 Pl. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 139

Papiernot und Papiervertenerung

XLII. Schlimme Ausichten für die Presse.

Von den wiederholten Notrufen der Kriegswirtschaftsstelle für das Zeitungsgewerbe haben wir prompt Kenntnis gegeben. Man kann ihr darin Routine zugestehen. Viel Rohstoffe hätten sich lange schon ersparen lassen für Zeitungspapier, wenn man, ohne das Buchdruckgewerbe zu schädigen, für andre Zwecke weniger bewilligungsbereit gewesen wäre.

Die Kohlenkrise, verbunden mit Holznot, Gas- und Lichtschwierigkeiten, wird auch auf die Presse stark zurückwirken, da die Papierfabriken wohl mit Kohle bevorzugt werden sollen, die Erfüllung dieser Forderung aber sehr von ganz unberechenbaren Faktoren abhängig ist. Der sächsische Arbeitsminister hat in voriger Woche einem Berliner Zeitungsmann gegenüber erklärt, es wäre sehr fraglich, ob die Zeitungen in der bisherigen Zahl und in dem bisherigen Umfange weitererscheinen könnten. Grund: Kohlenkatastrophe. An dem Umfange wird ja nur vereinzelt noch zu knapsen sein, sogar das „Berliner Tageblatt“ erschein bereits in einer Abendausgabe mit nur zwei Seiten. Von andern, täglich zu beobachtenden Notbefehlen kann hier nicht Erwähnung geschehen. Der Ausfall von Zeitungen überhaupt wegen der Papiernot aber wäre ein schwerer Schlag in dieser bewegten Zeit, wo wahrer Zeitungshunger herrscht. Auch ganz vorübergehend würde das sehr schwer zu empfinden sein. Man muß heutzutage indes auf alles gefaßt sein. So bleibe denn nur zu wünschen, daß die neuen Gewalten mit allen Schwierigkeiten und Widerständen doch noch besser fertig werden, als sie es jetzt selbst annehmen. Was der sächsische Regierungsmann in Erkenntnis der für die bedeutende sächsische Papierindustrie vorliegenden Katastrophe zu sagen hatte, wiegt auch für das Gebillensinteresse schwer.

XLIII. Von der Papiererzeugung im allgemeinen.

Aus den schon erwähnten Ausstellungen des sächsischen Arbeitsministers geht ferner hervor, daß die außerordentlich schlechte Kohlenlieferung — die bekannten Transport-schwierigkeiten fragen auch dazu bei — dazu zwingen werde, die Luxuspapierindustrie einzustellen und die enorme Mengen Papier verschlingende Schundliteratur lahmzulegen. Der erstenannte Zweig ist infolge der Kriegsverhältnisse immer mehr zurückgegangen, trotzdem wird keine Einstellung doch Schädigungen hervorrufen. Jedoch wird hier nur mit einem vorübergehenden Zustande zu rechnen sein. Wenn die wirkliche Schundliteratur getroffen wird, ist dieser Papiererzeugung nur berechtigt. Man muß sich wundern, daß die Kriegswirtschaftsstelle hier so herablich wenig auszurichten vermocht hat.

Es kann auch noch Erhellendes in der Papiererzeugung geschehen. Wenn man sich vergegenwärtigt, welche enorme Papiermengen der zur letzten Kriegsanhöhe herausgegebene Neurruppler Bilderbogen mit den damals neuen Regierungsmännern verschlungen hat, wenn man daran denkt, wozu die zur Nachverfeuerung von Wein in großen Massen wahllos verbrannten ersten Fragebogen eigentlich notwendig waren, weil sie infolge solcher Abfassung nicht benutzt werden konnten, und viele andre Beispiele sich in der Erinnerung zurückrufen, so ist die Möglichkeit geringeren Papierverbrauchs wohl gegeben. Das „Reichsgeheißblatt“ treibt auch unter der Volksregierung noch ungläubliche Papierverschwendung; Nr. 154 vom 15. November zeigt das eklatant. Wird das weniger Notwendige mehr beschnitten, kann auch für die wirklichen Notwendigkeiten mehr Papier zur Verfügung gestellt, mehr gedruckt und mehr Personal in den Gutenbergstempeln beschäftigt werden. Was auch sehr wichtig ist.

Die Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe hat dem Vorstande des Deutschen Buchdruckervereins, wie aus der „Zeitschrift“ vom 29. November hervorgeht, eine Zuschrift gemacht, die ein wenig hoffnungsvoller klingt. Die Kriegswirtschaftsstelle werde alles

in ihren Kräften steht, um den Buchdruckereien die zur Erledigung der Aufträge wie zur möglichst vollen Beschäftigung der Personale erforderlichen Mengen Papier zukommen zu lassen. Sie werde jederzeit bereit sein, den Buchdruckereien bei der Beschaffung von Papier, auch im Hinblick auf die Transportlage, soweit als irgendmöglich beihilflich zu sein. Die „Zeitschrift“ meint, diese Zusage werde erleichternd auf die Prinzipale wirken. Wir würden uns natürlich sehr freuen, wenn die vielen besorgniserregenden Nachrichten, Behauptungen und Erscheinungen im Sinne dieser Meldung entkräftet werden können. Allerdings ist zu beachten, daß für die Tagespresse damit noch nichts gesagt ist. Doch hoffen wir auch hier auf Erleichterungen; sie sind dringend notwendig.

XLIV. Herabsetzung der Papierpreise

Ist auch eine Voraussetzung für erhöhte Arbeitsgelegenheit im graphischen Gewerbe. Während der Kriegsdauer hat das Papier zwar nicht allein eine erstaunliche Preiskurve angenommen. Das Zeitungspapier ist erst noch zum 1. November erheblich höhergekauft worden. Mit allen andern Papierarten ging es aber noch schlimmer. Das vielerlei hier verbündet nur ein klares Erheben wie beim Zeitungspapier mit keinen einfach gelagerten Verhältnissen. Was man im Oktober in der „Papierzeitung“ über Einheitspreise mit und ohne Preispanne lesen konnte, war wohl nur ganz eingesehene Papiermenschen voll verständlich.

Aun hat, wie vor einigen Nummern mitgeteilt, der Börsenverein für den Deutschen Buchhandel beim Kriegswachermann in Dresden gewissermaßen eine Wacheranzelge gemacht, indem Nachprüfung und Herabsetzung der Preise verlangt wurden, da doch Preissteigerungen von 600 Proz. und darüber nicht mit den erhöhten Ankosten in Einklang zu bringen wären. Dieser Schritt ist ganz unheimlich; wenn die Papierfabrikanten reine Wäsche haben, brauchen sie die Unterfuchung nicht zu fürchten. Daß sie sehr gut verdienen, ergibt sich an der Durchschnittslohnsteigerung von 14,6 Proz. für 1917 bei den Papieraktiengesellschaften. Trotzdem wird bei dieser Geschichte nichts herauskommen. Wenn nicht andres, dann werden die empfindlich weiter steigenden Kohlenpreise, wozu die in verschiedenen Gegenden ausgebrochenen wilden Kohlenarbeiterstreiks wie die beträchtlichen Lohnerbhöhungen sonst ja einen guten Vorwand abgeben, schon die erforderliche „Berechtigung“ der hohen Preise erbringen. In Prinzipalskreisen besteht denn auch die Ansicht, daß in absehbarer Zeit die Papierpreise nicht fallen. Wir müssen leider der gleichen Meinung sein. Die Übergangszeit wird unserm Gewerbe dadurch erschwert.

XLV. Protest gegen die falsche Papierkontingentierung.

Wenn auch im Augenblicke, wo das ungeführte Erscheinen der Zeitungen anscheinend in Frage gestellt wird, nicht von allererster Bedeutung, so hat der früher schon aus den Blättern aller Richtungen kommende Einspruch, die Zulageziffern von 1915 als Maßstab für die Papierzulagen zu betrachten, an Aktualität noch zugenommen. Geht, wo Millionen von Kriegern zurückkommen, wird nämlich das Lebensbedürfnis stark zunehmen und im Verleite mit dem mehr erwarteten politischen Sinne des Volkes für die Blätter eine sehr wesentliche Steigerung der Auflage zur Folge haben, die nicht den Götzen und den Mäcken von gestern huldigen. Andre wieder werden weniger begabt werden, also geringeren Papierverbrauch erfordern. Ein Ausgleich wäre mithin fast gegeben.

Was neulich der „Vorwärts“ über die Notlage der sozialdemokratischen Presse aus diesem Grunde schrieb, war an sich nicht neu. Durch den Umsturz der Dinge ist es aber weit mehr in den Vordergrund getreten. Die sozialdemokratischen Zeitungen mit ihrem jetzt außerordentlichen Zustande haben nach den Bestimmungen der Kriegswirtschaftsstelle nur Anspruch auf den im Jahre 1915 verzeichneten Papierbezug. Die Einschränkung richtet sich nach

der Größe der Zeitungen und geht von 11 bis zu 32 Proz. hinauf. Der „Vorwärts“ sagt: „Es wäre grotesk, wenn die siegreiche Revolution künstlich den Abonnementstand von — 1916 fortzuechten sollte“. Tatsächlich kommt aber der von 1915 in Frage. Die enorm gestiegene Auflage muß vom Quantum befristet werden, so daß nichts anderes übrig bleibt, als den Umfang dementsprechend zu verringern. Dadurch kommen wieder die Leser zu Schaden. Das Unhaltbare dieser Situation hat der „Vorwärts“ nicht einmal in so scharfen Worten gekennzeichnet, als es in der ersten Augusthälfte von dem „Chemnitzer Tageblatt“, einem Amtorgan, geschah. Andre Zeitungen haben ebenfalls schon in recht kräftigen Tönen von der Kriegswirtschaftsstelle eine andre Methode verlangt, die eben Erhöhungen der Auflagen in Betracht ziehen soll.

Die Berliner Papierzentrale hat keine moralischen Überlegungen zu machen verstanden, sie wird ansehend auch zu sehr von der Hauptorganisation der Zeitungserleger gedeckt. Wenn sie einen halbwegs anständigen Abgang haben will, dann soll sie der Presse — nicht nur die Tageszeitungen sind solchermaßen geknebelt — in diesem durchaus berechtigten Verlangen entgegenkommen und Verständnis bezeugen.

XLVI. Aufhebung der Papierkontingentierung?

Die „Zeitschrift“ teilt mit, daß die vom Deutschen Buchdruckerverein in Aussicht gestellten Schritte zu rascher Aufhebung aller die Lieferung von Papier einschränkenden Kriegswirtschaftlichen Bestimmungen schon unternommen seien. Auch der Vorstand des Bundes deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verleges und der Papierverarbeitung hat in einer Sitzung sich ebenfalls für den möglichst schnellen Abbau der Papierkontingentierung ausgesprochen. Es ist sehr zu begrüßen, daß so energisch auf die Beseitigung der recht einschränkenden Bestimmungen hingearbeitet wird.

Die Kriegswirtschaftsstelle hat nämlich, wie uns bekannt geworden ist, noch vor einiger Zeit fest den Standpunkt einer dauernden Einrichtung eingenommen. Es wird wohl so werden, daß die Papierkontingentierung für die Tageszeitungen noch länger aufrecht erhalten wird, während sie im übrigen zur Aufhebung gelangt. Ursprünglich war ja auch nur an die öffentliche Bewirtschaftung des Zeitungspapiers gedacht.

Typographische Vereine an die Front!

Die Fesseln der Freiheit sind gefallen, und ein frischer Lufftag weht durch die deutschen Lande. Mit bewundernswürdigem Schneid hat die deutsche Arbeiterschaft das Jahrundert alte Joch der Sklaverei von sich gestreift und steht glückselig die morschen Säulen eines lauten Staatsgebäudes an. Nach ist jedoch viel Arbeit zu leisten, denn raffen, heißt rosten. Mit dem Zusammenbruch der Skarben ist die Revolution nicht beendet, und es gilt jetzt für die intelligente deutsche Arbeiterschaft den Bemühen zu erbringen, daß sie sich höhere Ziele als den Terror und die Vernichtung gesetzt hat.

Gehen wir Buchdrucker mit gutem Beispiel voran, und zeigen wir, wie Ideale verwirklicht werden. Jahrzehnte lang haben begabte Kollegen in uneigennützigster Weise für unsere erhabenen Ziele der Veredelung des Berufs durch die Kunst gewirkt, haben vorwärtsstrebende Kunstjünger ununterbrochen Gelder aufgebracht und ihre freie Zeit geopfert, ohne materielle Früchte ernten zu können. Jetzt gilt es, die Sozialisierung vorzubereiten und gut zu sein, auf daß die Ernte eine reiche werde. Wir wollen die Produktion nicht nur auf der alten Höhe erhalten, sondern vor allem veredeln. Und deshalb fordern wir die Kunstgewerbeschulen und graphischen Akademien für unsere Zwecke.

Zum Tausch mit den alten Privilegierten und Äpfeln, die von Staats wegen unter Aufwendung gewaltiger Zuschüsse es vielen „höheren Köchtern“ ermöglichte, sich in den Museen der Kunst zu räkeln, um Mißbrauch zu produzieren, während begabte Kollegen weder Zeit noch die staatliche finanzielle Unterstützung hatten, um ihre Talente

entfallen zu können. Ganz abgesehen von den Opfern jener Kameraden, die in selbstloser Weise die Schützengräben, Grabenmischkäufe usw. leisteten.

Das soll und muss anders werden. Und zwar gilt es, keine Zeit zu verlieren und in den geeigneten Orten sofort künftige Beiträge zu wählen, die schon jetzt auf dem, über Organisationsfragen zu beraten, um dem in Berlin entstandenen Kunsthandwerkerrat baldigst zweckmäßige Vorschläge unterbreiten zu können. Diesbezügliche Zuschriften sind zu richten an den Kunsthandwerkerrat Berlin-Wilmersdorf, Gasteiner Straße 13.

Wilmersdorf, K. Fck.

Stohlenkatastrophe, Arbeitslosigkeit

Warnnachrichten lagen einander. Wenn sie sich nicht immer voll bewahrheiten, es wird genug Lachase, unsre traurige Lage noch schlimmer zu gestalten. Zu den sehr großen Ernährungsfragen ist die Kohlennot gekommen, neben der die Transportkrise als äußerst belastende Begleiterscheinung auftritt. Viele letztere ist leider von größerer Dauer. Die lange Kriegszeit hat unser Eisenbahnmateriale sowie schon auf den Hund gebracht. Dann aber sind die prächtigen „Befreier der unterdrückten Nationen“ mit dem Aufbruch zum kommenden Gewaltsfrieden so weit gegangen, daß sie dem deutschen Volke noch den kümmerlichen Rest von Lebenskraft auspressen können. Der riesenhafte Lokomotiv- und Wagenraub ist schändlich. Von unsern Friedensmachern Ludendorff-Hoffmann mögen sie da leider viel gelernt haben. Was das Reichstag in seiner Selbstentmannung nicht verhindert hat, abtamen die Parlamente der alliierten Länder nun in Ueberleistung nach.

Der Winter vor zwei Jahren steht noch in aller schrecklicher Erinnerung. Der diesjährige hing zu allem Unglück sehr früh an, erforderte also schon einen bedeutenden Kohlenverbrauch für Heizung, Gas- und Elektrizitätserzeugung. Somit wären wir bereits in zweifacher Hinsicht viel übler daran als sonst. Andre Vorgänge erschweren die Sachlage weiter. In den Tagen des revolutionären Umschwunges soll mehrfach auch in den Bergwerken gestreikt worden sein. Daß dies in dem lebenswichtigsten Produktionszweig notwendig war, wird auch der himmelfürmendste Revolutionär nicht behaupten wollen. Dann ist von den neuen Gewalten mit größtem Nachdruck erklärt worden, ein jeder müsse seiner Arbeit nachgehen. Die Arbeitslosigkeit hat trotz der schönsten Verordnungen über Wiedereinstellung und Weiterbeschäftigung schon große Dimensionen angenommen. In Berlin sind an einem Tage gleichzeitig vier Versammlungen der Arbeitslosen einberufen gewesen. Sie waren sämtlich überfüllt. Es ist sogar ein Rat der Arbeitslosen eingeleitet worden. Hoffkandarbeiten sollen von der Stadt eingestellt werden. In Großbetrieben wird Abkürzung der Arbeitsdauer auf vier Stunden beabsichtigt, um mehr Menschen wenigstens etwas Beschäftigung geben zu können. Noch umfassen die Entlassungen vom Militär aber erst den kleineren Teil der Eingezogenen! Was soll erst werden, wenn die vielen Millionen arbeiten wollen und sollen?

Das noch gar schwache wirtschaftliche Leben wird aber zu den vielen andern Gefahren auch noch von unruhigen Streiks unter den Bergleuten bedroht. Bedroht auch das öffentliche, gesellschaftliche und häusliche Leben. Die aus der Bergarbeit entlassenen Kriegsgelungen müssen schleunigst durch freie Arbeiter ersetzt werden. Es ist das nicht überall richtig gehandhabt worden, auch von Soldatenräten wurde da, wie in dem nicht unwichtigen Bornalichen Revier, ein falscher Eifer entfaltete, während die Grubenleitungen durch Animosität gegen den Achtstundentag und vielleicht noch gegen die vollzogene Umwälzung der Machtverteilung auch nicht schuldlos an den so ungemein schädlichen Störungen der Kohlegewinnung sind. Nach der einen wie nach der andern Seite könnte sich hier die Diktatur schon einmal etwas Kräftiges leisten!

Aus dem Weiten, der infolge der Besetzung leider nicht mehr voll für uns Söhne jenseits kann — aus Böhmen haben wir gar nichts mehr zu erwarten — hat sich die Meldung von größeren Bergarbeiterstreiks nicht bestätigt. Im Ruhrkohlenrevier sind keine Störungen eingetreten. Aber es gärt doch in Reinland-Westfalen. Es sind verschiedentlich wegen des Endes der Seilfabrik (also acht Stunden einschließlich) Differenzen ausgebrochen, veranlaßt auch durch Verwirrung ankommende Anschläge über die Seilfabrikszeit. Obwohl der herrliche Sechsenverband gründlich umgelert, die Organisationen der Arbeiter anerkannt hat, den Achtstundentag einführte sowie mit den Arbeiterausschüssen und Organisationsleitern verhandelt — Dinge, die noch vor einem Vierteljahr wie Märchen klangen! —, sind unter den Bergleuten jetzt Elemente am Werke, die bis dahin sich ihrer Arbeiterrechte schlecht bewußt waren. Beredete Worte findet deshalb die „Bergarbeiterzeitung“ (30. November) in einem großen Aufsatz: „Bergleute, Kameraden, helft dem notleidenden Volke!“, um zum Verstand und zur Pflichterfüllung gegenüber den darbedenden Volksgenossen zu ermahnen. An einer Stelle heißt es:

Wer die gewerkschaftliche Organisation vorwärtsbringen will, der muß den Extraträgern der Leute, die keine gewerkschaftliche Schulung besitzen, energisch entgegen treten. Inabesondere waren sie unorganisiert, nun so ein paar Tage oder Wochen eine Mitgliedskarte besitzen, wollen sie kommandieren, wie es gemacht werden soll.

Es sind letzten von einigen Belegschaftsmitgliedern Forderungen gestellt worden, die, wenn sie durchgezogen würden, den Bergbau zum Zusammenbruch

föhren. Auch wenn der Bergbau sozialistisches Eigentum ist, können derartige ganz unüberlegte Forderungen nicht durchgeführt werden.

Es hat fast den Anschein, als ob die Revolution auf die organisatorisch und wirtschaftlich unreifen Köpfe eine Einwirkung gehabt hat, die am wenigsten im Sinne der Durchführung der ökonomischen Revolution gelegen sein kann. Wenn Karl Marx und Friedrich Engels, die leuchtenden Hüpter des wissenschaftlichen Sozialismus, erleben könnten, was jetzt an praktischem Sozialismus von organisatorisch noch Ungelesenen oder Prophezen der Desorganisation verbrochen wird, sie würden gewiß verzweifeln! Hoffentlich hat das Bergarbeiterorgan mit seinem warm empfundenen Appell Erfolg. Es handelt sich in erster Linie um das Interesse des arbeitenden Volkes!

Die Streiks in Oberschlesien sieben vornehmlich die Gasanstalten Mittel- und Ostdeutschlands in Mitleidenschaft. Aus der Tagespresse ist schon bekannt geworden, zu welchen furchtbarsten Maßnahmen sich jetzt Berlin veranlaßt gesehen hat. Es ist das auch eine Revolution, aber eine, bei der der Atem knapper wird. Diese harten Maßnahmen sollen von kürzerer Dauer sein, bis das Argste überstanden ist. Es ist das sehr zu hoffen. Denn welchen Umfang die Arbeitslosigkeit sonst annehmen soll, das kann man nur mit Erblicken ausdenken. Diese wirtschaftliche Einschränkung ist jetzt schon nicht bloß auf Berlin beschränkt, wenn sie dort auch am schwersten in die Erscheinung tritt. In Oberschlesien sind es nun Motive, die nicht mehr aus dem Interessenstreit zwischen Kapital und Arbeit hervorgehen, sondern schlimmen Instinkten entspringen. Es sollen in der Hauptstadt nationalpolitische Machenschaften sein. Das hat gerade noch gefehlt, das Maß unseres Elendes voll zu machen! Erst wurden 18 Mk. Schicksloslos verlangt, nach deren Bewilligung 25 Mk. Lebensmittel, woran es so sehr fehlt, dazu in großen Mengen. Sabotageakte kamen vor, Ausschreitungen und schwere Verletzungen von Beamten. Ein Drittel der obersteleischen Bergwerke ist von der Bewegung erfasst, ein Drittel der Kohlenhebungen kann daher nur bewerkstelligt werden. Die noch zur Verfügung stehenden geringen Transportmittel können also nicht einmal ausgenutzt werden. Die Leistung der Bergarbeiterorganisation ist machtlos gegen diese unheimlichen wilden Streiks. Wenn ein Mann wie der sehr radikale Volksbeauftragte Emil Barth in der Versammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte, nachdem er von den Unternehmern reflexlos Einschwenken unter Androhung der Enteignung gefordert hatte, mit den Vorgängen in Oberschlesien sofort ins Gericht ging, so läßt das die grobe Gefahr derselben für unsre nationale Wirtschaft erkennen. Dieses Mitglied der Reichsregierung erklärte, daß wir in den letzten vier Wochen auf den vierten Teil der Kohlielieferung des Friedensstandes heruntergekommen seien. Sieben bis acht Millionen Menschen kehren aber jetzt in den Produktionsprozess zurück, sie müssen Arbeit und Brot haben:

Trotzdem wird in Oberschlesien gestreikt. Obwohl selbst die banalsten Forderungen bewilligt wurden, sind die Leute zum Teil nicht eingeleitet.

Wenn jetzt einzelne Erwerbsgruppen ohne Rücksicht auf die andern vorgehen, so richtet sich der Kampf nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern gegen die sozialistische Republik!

Barth hat damit wahr gesprochen. Das Wort: „Mann der Arbeit aufgewacht, und erkenne deine Macht“, wird durch Vorgänge wie in Oberschlesien und zum Teil anderswo geradezu auf den Kopf gestellt. Barth hat aber auch der Arbeitspflicht, die bekanntlich im sozialistischen Programm enthalten ist, das Wort geredet. Und das ist gut gewesen. Auch hier die Gewerkschaften, die sonst ihre Tätigkeit zur Unfruchtbarkeit verdammt sehen. Wir wandeln am Abgrunde, was es nicht anders wird!

Nur die von Liebknecht und Rosa Luxemburg geleitete „Rote Fahne“, das Organ des Spartakusbundes, äußert Befriedigung über diese trostlosen Zustände. In Blöden ein Fanatismus schrieb sie:

Die Massen großen! Eine Stunde Arbeitszeitverkürzung, einige Groschen Lohnerhöhung beruhigen sie nicht — sie wollen das System beseitigen, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel herbeiführen. Ohne das gibt's keine Ruhe!

Das ist starker Tabak. Wenn sich unser wirtschaftliches Leben in Kirchholzruhe verwanbelt hat, dann sind die Spartakusoberleute anscheinend an ihrem Ziel angelangt. Nun, die Arbeitslosenheere werden ihnen noch kräftig auspielen, wie es die Soldaten schon jetzt unmißverständlich tun. Spartakistische und kommunistische Massenverführung wie in Berlin, Bremen, im Weifen und nationalpolitischer Baumfrevel müssen mit allen Mitteln verhindert werden.

Ernährungswirtschaft

Das Reichsernährungsamt.

In der vorigen Woche ist endlich aus dem Reichsernährungsamt nun das Reichsernährungsamt geworden. Es hätte das längst geschehen sollen in dem Sinne, daß die unellege Schlagbaumpolitik zur Aufhebung gelangt. Ob das jetzt noch möglich ist, wo leider auch separatistische Tendenzen das Anklärt mit der Besetzung wichtiger Reichsgebiete und der Aufstellungsabichten unter das Selbstbestimmungsrecht der Völker vererbenden Felde vollmachen, bleibt freilich eine schwierige Frage. Jedenfalls hat das Reichsernährungsamt die größten Anstrengungen zu machen, um eine Besserung zu erzielen.

Die Leitung des Reichsernährungsamts liegt jetzt in den Händen von Wurm und Robert Schmidt. Der erstere ist unabhängiger, letzterer Mehrheitssozialist. Beiden eignet Befähigung zu ihren Posten, so daß man ihnen Vertrauen entgegenbringen kann. Allerdings sind die Schwierigkeiten für das Reichsernährungsamt gegenwärtig riesenhaft.

Landwirtschaft und Bauernräte.

Seit der großen Umwälzung sind die Landwirte an einem Tage mehr zur Einsicht ermahnt und zur Pflichterfüllung gegenüber der Volksmasse aufgefordert worden, als während der ganzen „Herrlichkeit“ des Kriegsernährungsamts. Man fand packende Worte unter Hinweis auf das hungerrnde Volk, ließ es auch an nachdrücklichen Drohungen nicht fehlen, daß die zurückkehrenden Krieger sonst nehmen würden, was zurückgehalten wird. Was auch von Großen und Kleinen auf dem Lande gesündigt worden ist, jetzt können sie manches wieder gutmachen, wenn alles über den eignen Bedarf hergegeben und dieser tüchtig eingeschränkt wird. Wenn die Stadtbewölkerung noch schlimmer hungern muß, kann man draußen auch den Aremen etwas enger schnallen. Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Landwirte jetzt ein besseres Beispiel geben als die durch wilde Streiks sich verführenden Bergleute und andere, ebenso unverantwortlich handelnden Arbeiterkreise.

Die Bildung von Bauernräten müßte mehr betrieben werden. Sie erscheinen uns mindestens ebenso wichtig als die Soldaten- und Arbeiterräte. Das System des Gemeinbewirtschafters und des Landrates hat unser Ernährungswirtschaft sehr geschadet. Mit den Bauernräten sollen aber nicht nur wirklich tätige und einwandfrei funktionierende Überwachungsorgane geschaffen werden, sondern sie müssen das Gefühl erhalten, daß sie zu vertrauensvoller Mitarbeit zum Wohle des Volksganges berufen sind und zunächst die Hungersgefahr nach Möglichkeit zu vermindern haben. Auch für sie wird sich, wie später mit den Soldaten- und Arbeiterräten, eine organische Eingliederung in die Staatsmachinerie erzielen lassen.

Zu unsern Genugtuung war durch WTB-Meldung schon zu erfahren, daß vierzehn (wohl alle) landwirtschaftliche Organisationen Deutschlands, vom großagrarischem Bund der Landwirte bis zu der nun zur Anerkennung gelangten Gewerkschaft Deutscher Landarbeiterverband, sich in einem Aufruf an die Landbevölkerung zwecks allgemeiner Erziehung von Bauern- und Landarbeiterräten gewandt haben. Es ist ein regelrechtes Organisationsprogramm: jede Gemeinde hat seinen Rat aus mindestens sechs Personen (die Hälfte muß die Landwirtschaft selbstständig freiben) paritätisch zu bilden, ein Zentralrat wird in Berlin eingeleitet. Diese Tatsache an sich müßten wir schon ein Ereignis nennen! Mehr wird später zu sagen sein.

Die Ernährungslage.

Dieses jetzt buchstäblich gewordene Elendkapitel kann diesmal nicht ausführlicher behandelt werden. In wie wenigen Monaten oder einigen mehr wir vor dem grauenhaften Nichts stehen, ist noch nicht entscheidbar. Aus den Berliner Tagungen hat man trotz eifriger Widerprüche nur die schlimmste Vorstellung gewinnen können. Die Karosellationen sind in Leipzig und Dresden bereits geführt worden. Der traurige Anfang wäre also schon gemacht. Wenn Calwer neulich schrieb: „An und für sich sind die Nahrungsmittel ja vorhanden, um die zurückströmenden Soldaten, ebenso auch die Arbeiterbevölkerung zu versorgen“, so würde man bei Unklarheit über die Abfichten dieses heuchlerischen Sachwalters der Landwirtschaften nur hinzuzusetzen haben: Ja, aber wie lange? Calwer will jedoch mit diesem fastschicklichen Gerede wieder die Durchbrechung der Zwangswirtschaft bezwecken. Er rät, alles auf dem Lande freihändig und zu jedem verlangten Preis aufzukaufen, und meint ganz richtig, daß das freilich viel Geld kosten würde. Ob dieser Erholungsdemokrat so einseitig ist, daß er nicht weiß, wem nur so geholfen werden würde? Es würden doch nur die noch immer geliebenden Leute sein, die Kammerlanger unterhalten, daß sie bald mit den depotsierten Häuptern in Berlin, Dresden und Wien konkurrieren können. Auch das ist also wieder trübseliges Spiel von Calwer. Aber man wird durch seine Behauptung vielleicht Veranlassung nehmen, auf dem Lande wie in den städtischen „Proviandmagazinen“ der glücklichen Besitzenden schärfer nachzusehen. Das ist sogar notwendig!

Leider sind bei den großen Räummärkten und in den Revolutionslagen auch viel Nahrungsmittel auf unrechtem Wege verloren gegangen. Daß in einer Sitzung des Berliner Vollzugsrates eine Entschlebung gegen die „Schwarzer der Revolution“ eingeleitet werden konnte unter Androhung schärferer Maßnahmen gegen unehrliche Heeresangehörige, spricht doch Bände. Was man sieht und hört, wie Soldaten „bepackt“ in der Heimat landen, ist manchmal geradezu empörend. Auch die härteste Strafe ist für solchliche und glibe Marodeure nur gerecht!

Von der amerikanischen Hilfe hatten wir recht wenig. Man hat drüben selbst keinen Überfluß. Die weizen- und fleischlosen Wochen wie die Erntemittelwirtschaft (siehe Nr. 137 unter Amerika) deuten darauf hin. Obwohl würden die Vereinigten Staaten gern Geschäfte machen, aber das nach- und eroberungsfähige Frankreich erlaubt es nicht. Neutralität hat nichts zu geben. Ein schneller Frieden und geordnete Zustände in dem neuen Freistaat sind die einzige Hoffnung auf Rettung, auch auf Befreiung von der erbärmlichen Hungerblockade. Das ist das Ziel, das wir erstreben!

Der Barometerstand für Fleisch, Brot und Kartoffeln.

Die verwichenen Wochen haben mit Novemberbruch ihr Ende erreicht. Waldow hätte diesen Selbstbetrug wohl weiter geliebt. Vom Dezember an gibt es das versprochene Pfund Brot mehr; ob jedoch allenthalben, ist noch nicht heraus. In Berlin fallen auf Wunsch der Arbeiterschaft selbst die Zuschlagarten für Schwer- und Schwerstarbeiter nun fort, in Leipzig und andern Städten einwirken nur die ersten. Das sind Maßnahmen, die unter den jetzigen Verhältnissen zu verstehen sind. Wie im vorausgehenden Abschnitt bereits angeführt, müßten die Wochenrationen für Kartoffeln schon teilweise herabgesetzt werden. Wer das ganze Winterdeputat einstellern konnte, ist im Vorteil. Doch wie lange wird es dauern, bis es auf der ganzen Linie rückwärts geht, auch wieder mit den jetzigen Verbesserungen? Der Krieg war schließlich, sein Ende aber ist mehr und die Übergangszeit in der Ernährungswirtschaft das Furchtbarste.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Stereotypen.) Die am 17. November abgehaltene Versammlung begrüßte schon eine Anzahl von Militär zurückgekehrter Mitglieder. Es folgte dann ein mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag des Kollegen Grabmann über das zeitgemäße Thema „Rückblick—Ausblick“. Redner berührte alle Fragen politischer, wirtschaftlicher sowie organisatorischer Natur, die durch die Umwälzung so brennend geworden sind. Der Vortrag verursachte eine lebhafte Diskussion. Die gestellten Fragen beantwortete Kollege Grabmann in aufklärender Weise und erntete auch dadurch den Dank der Versammlung. In seinem Schlusssatz prophezeite uns der Referent, daß auch wir Sparten in Zukunft ein ausgedehntes Tätigkeitsgebiet vorfinden werden, so daß unser Vereinsleben auf neuer Grundlage aufgebaut werden könne. Die Einführung der achtfünftägigen Arbeitszeit sowie die Unterbringung der Arbeitslosen war ebenfalls Gegenstand großen Interesses. Einige Firmen, darunter Witten & Co., haben sich in anerkennender Weise entschlossen, die vom Militär entlassenen Kollegen trotz Arbeitsmangels wieder einzustellen, ohne diejenigen Kollegen zu entlassen, welche während des Krieges angefallen haben. Trotzdem beklagen wir, daß die Arbeitslosenfrage noch gar genug sein wird. Nach Aussprache über die Wiedereinführung der Fachschule und Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Berlin. (Schriftleiter.) Am 21. November fand die erste Versammlung nach dem Kriege statt. Das Feldbau war schon sehr zahlreich vertreten. Die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen wurden begrüßt und ihnen in der über die Unterbringung in den Giechereien erfolgten Aussprache gesagt, daß alle Kollegen sich mit ihnen solidarisch erklären. Es wird alles getan werden, um ihnen Verdienst zu verschaffen. Leider hat der Krieg noch zwei Opfer aus unterm Mitgliederreihe gefordert. Ihrer sowie noch dreier verstorbenen Mitglieder wurde gedacht. Aber den bis zum 31. März 1919 geltenden Tarif und eine eventuelle Revision soll die nächste Versammlung entscheiden. Der von der Mehrheit der deutschen Geschäfte gedrückte Wunsch nach einem Einbestatt soll dabei in Betracht gezogen werden. Am 25. November sollte der Achtkundentag in den Berliner Schriftgiechereien eingeführt werden. Die Versammlung entschied sich für Arbeitsanfang um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, Schluß um 4 Uhr mit einer Mittagspause von 1 $\frac{1}{2}$ bis 12 Uhr; sonst keine weiteren Pausen. Die Geschäftsbildung für eingehenden Arbeitsverdienst der Berechnung soll drei Stunden a 1,20 Mk. betragen. Da die Geschichtsfachheit bald wieder vollständig sein wird, sollen auch die Vorstandsdämter voll besetzt werden. Der halbjährliche Kassenbericht wurde genehmigt. Als Vertreter im Gauvorstand soll Kollege Rudolf Haasen vorgeschlagen werden. Die Weibmachtspende für die Invaliden wurde auf 5 Mk. festgelegt. Für die Lage des Generalkriegs, den 9. und 11. November, werden, nachdem die Bohnerbitter voll entlohnt sind, den Akkordarbeitern, soweit es Geht, sind, für den Rest des Sonnabends und den ganzen Montag 10 Stunden Entschädigung a 94 Pf. ausgesetzt. Die Mitglieder der Frauenvereine werden ersucht, nachdem die Männer zurückkehren, die Beiträge in Ordnung zu bringen. Der Kassierer Gustav Schubert wohnt: Neuhölln, Waisenstraße 42.

Bitterfeld. Die am 20. November 1918 abgehaltene außerordentliche Mitgliederversammlung, die bestbesuchteste der Kriegsjahre, fand im Zeichen des für uns Errungenen. Die neue Zeitepoche brachte uns den Achtkundentag und eine 25prozentige Lohnverbesserung. Die Mehrzahl der Kollegen kritisierte den Verband, daß er sich während der Kriegszeit nicht voll für die Existenzbedingungen der Geschichtsfachheit durchgesetzt habe, d. h. daß die durchgesetzten Lohnaufbesserungen in keinem Verhältnis zur Lebensverwertung standen. Wir meinen, daß mit Ausnahme der Kriegsgewinnler niemand seine Lage in das richtige Verhältnis zur Lebensverwertung gebracht hat. Von der Arbeiterschaft hat es die in der Rüstungsindustrie einigermassen vermocht, aber auch noch sehr unentschiedlich. Was a. B. die Arbeiter in der Leipziger Metallindustrie vor einigen Monaten durchgesetzt haben, ist trotz günstiger Konjunktur so minimal gewesen, daß in der Leipziger Arbeiterschaft allgemeines Entsetzen darüber war, da alle Gewerkschaften mehr erreicht hatten. Die außerhalb der Rüstungsindustrie stehenden Gewerbe haben naturgemäß einen schwächeren Stand gehabt. Die Kollegen in Bitterfeld können es schon glauben, daß die Buchdrucker trotzdem noch passabel abschneiden. (Red.) Der

Vorsitzende gedachte bei Eröffnung der Versammlung der fünf aus dem Ortsverein gefallenen Kollegen. Die Versammlung ehrte dieselben. Die in der nachfolgenden Vorstandswahl vorgeschlagenen Kollegen wurden sämtlich einstimmig gewählt. Neuausgenommen in den Verband wurden zwei Kollegen. Die Typographische Vereinigung soll wieder zu neuem Leben erstehen. Viel ist nachzudenken, was in den Kriegsjahren versäumt werden mußte.

Dortmund. Die für den 10. November angelegte Ortsvereinsversammlung mußte wegen der plötzlich einsetzenden politischen Umwälzung in Deutschland in letzter Stunde abgesetzt werden und wurde dann am 20. November (Abtag) abgehalten. Vorsitzender Werthmüller konnte in derselben schon eine stattliche Anzahl zurückgekehrter Feldruher Kollegen begrüßen, die nun nach langen, sturmbelegten Kriegsjahren die Finste mit dem Wirtshaus verläßt haben, um ihre friedliche Arbeit wieder aufzunehmen. Zwei weitere Opfer des Weltkriegs wurden in üblicher Weise geehrt. Ein kleines Ehrengehalt des Ortsvereins für 25jährige Mitgliedschaft im Verbands wurde den Kollegen Fritz Weber, Friedrich Dücker und Albert Hermann überreicht. Ein von Dr. Rüggenau gehaltenen Vortrag über „Volkschule“ fand reges Interesse bei den Mitgliedern.

Frankfurt a. d. O. Am 3. Dezember d. J. kann Kollege Gustav Hauske hier auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verbands zurückblicken. Möge es ihm vergönnt sein, sein 50jähriges Jubiläum in vollster Rüstigkeit feiern zu können!

Raumburg a. d. S. Inre am 25. November abgehaltene Versammlung erfreute sich infolge der bereits erfolgten Entlassungen zahlreicher Besuchs als bisher. Nach Begrüßung der Erhaltenen und Ehrung von vier gefallenen und verstorbenen Kollegen wurden die Berichte über das dritte Vierteljahr zur Kenntnis genommen. Unter „Geschäftlichem“ wurde eine Ausnahme vollzogen, der 25jährigen Verbandszugehörigkeit des im Felde stehenden Kollegen Rehbauer ehrend gedacht und die lehrschlechten Vorstandskardulare bekenntnisgegeben. Hierauf erstattete der Vorsitzende einen Bericht über den Verlauf der Umwälzungen in den letzten Tagen, speziell an unserm Orte, sowie über die Mitwirkung der hiesigen Arbeiterschaft dabei. Des weiteren wurde über die Einführung der achtfünftägigen Arbeitszeit und des sonst damit zusammenhängenden Bericht und die Erhöhung der Feuerungsulage vom 2. Dezember ab erwandt. Aber die Übergangswirtschaft, die Einstellung der Entlassenen und die Einführung der Reichserwerbslosenunterstützung referierte Kollege Leichmann.

Posen. Mit einem Nachruf für einen verstorbenen und für zwei gefallene Kollegen eröffnete der Vorsitzende die Ortsvereinsversammlung vom 16. November. Er gab der Forderung Ausdruck, daß es die letzten Kriegsjahre sein mögen, die wir zu beklagen haben, und daß ein baldiger Friede auch für unser Gewerbe wieder geordnete Verhältnisse schafft. Auf Wunsch wurde die Niederschrift des Gantages verlesen, an die sich eine längere Aussprache knüpfte. Dem Orts- und dem Gaukassierer wurde nach Erstattung ihrer Berichte Entlastung erteilt. Von der Einstellung von Kandidaten zur Gauvorstandswahl wurde abgesehen und dieselbe bis zur nächsten Versammlung verschoben, da bis dahin eine Klärung der politischen Verhältnisse für den Osten Deutschlands zu erhoffen ist. Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell wurden zwei Kollegen gewählt. Von der Versammlung wurde noch zum Ausdruck gebracht, daß bald Schritte unternommen werden möchten, um auf eine Entlastung der in einer hiesigen Druckerlei befindlichen großen Zahl von Seherknechten hinzuwirken, damit die aus dem Felde heimkehrenden Kollegen wieder ihre Plätze einnehmen können.

□ □ □ Rundschau □ □ □

Tarifsamtsstatistik! Der Sabtag der zweiten Dezemberwoche ist der Tag für die Ausfüllung. Diejenigen Geschlechter, die sich noch nicht im Besitz eines Fragebogens für diese Statistik befinden, sollen, werden ersucht, einen solchen beim Tarifsamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, schleunigst einzufordern.

Von Buchdruckern im Kriege. Von untern Mitgliedern erhielten noch die Kollegen Otto Wiedemann (Schwerin) und Emil Buhm (Graubenz) als hundertfachen- und hundertlebenundwanzigstes das Eiserne Kreuz I. Klasse. Ferner erhielten die mit Auszeichnung II. Klasse: Wenzel Madeisch (Danzig), Franz Hammer (Königsberg), Hermann Weigt (Breslau), Otto Ziegler (Saale an der Saale), Artur Boock, Artur Raundorf, Paul Pichler, und Otto Steinecke (Peppla), Otto Schulte (Nordhausen), Hermann Frisch (Eggenh) sowie Walter Shde (Schwerin). 6477 Verbandskollegen haben somit das Eiserne Kreuz erhalten.

Nachdemerswerte Beispiele. Die Firma Vereinigte Straßander Spielkartenfabriken L.-O. in Straßund zahlte ihrem gesamten Personal eine nennenswerte Beihilfe zur Entdeckung des Winterbedarfs aus. Es erhielten alle über fünf Jahre im Geschäft Angestellten ein Monatsgehalt resp. vierwöchigen Lohn (den jetzigen einschließlichen Feuerungsulagen); die weniger als fünf Jahre Beschäftigten je nach der Dauer der Beschäftigung doppelt bis dreifachen Wochenlohn. — In Ratibor gewährte die Firma Riedinger ihrem gesamten Personal einmalige Geldzuzwendungen, und zwar an Lehrlinge in Höhe von 5 bis 10 Mk., an Gehilfen in Höhe von 25 bis 300

Mark als Anerkennung für gutes Einvernehmen zwischen Geschichtsfachheit und Personal während der Kriegszeit.

Buchdrucker im Arbeiter- und Soldatenrat. In Straßund: Gottlieb Raabe. — In Ratibor: F. Trompelt und B. Köster. — In Deggendorf: Paul Sittner als Vorsitzender und Andreas Hierl als Schriftführer. — In Melle i. S.: Koch und Stöbel. — In Stolp i. P.: Em. Grohnhöfer. — In Wittingen (Baden): Anton Kessler. — In Calw: Bruno May als stellvertretender Vorsitzender des Arbeiterrats. — In Marienwerder: Buchecker und Sllian. — Remscheid: Herzog, Wegen, Sll. — In Verden (Aller): Albert Sehl. — In Nürnberg: Knoop (Arbeiterrat) und Stelmeh (Aktionskomitee). — In Rummelsburg i. P.: W. Brademann. — In Sittau: Oskar Birkhoff, Joseph Döbler und Wilhelm Scholz. — In Lüneburg: Jener: Fr. Maner. — In Wiesen a. M.: Georg Boroch und Hans Müller.

Unfälle. Nicht weniger als 260 Unfälle kamen im Monat Juni 1917 bei den Buchdruckerberufsgenossenschaften zur Anmeldung, die jetzt veröffentlicht werden. Auf Schnellpressen entfielen von diesen 260 Unfällen 40 Verletzungen, die sich zum Teil beim Niederdrücken von Spieken mit dem Hammer usw., durch unvorsichtiges Arbeiten und beim Bedienen des Farbwerkes zwischen Form und Auftragwalze ereigneten. Auch an Lagedruckpressen entstand eine Anzahl Unfälle, zum größten Teil an der Gefahrstelle zwischen Ziegel und Form. Wir haben wiederholt Veranlassung genommen, auf das Gefährliche des Handlerens an im Gange befindlichen Maschinen hinzuweisen, und möchten bei dieser Gelegenheit gleichfalls nicht unterlassen, alle Kollegen, besonders aber diejenigen, welche aus dem Felde nun endlich zurückkehren und denen mit der Länge der Zeit und in Anbetracht der endlosen Strapazen eine gewisse Sicherheit in der Arbeit mehr oder weniger abhanden gekommen ist oder für die mancherlei Verrichtungen in der ersten Zeit etwas Ungewohntes darstellen, dringend ans Herz zu legen, in jeder Hinsicht vorsichtig zu Werke zu gehen, damit sie sich, nachdem sie auf dem Schlachtfeld dem Tod entronnen und glücklich zu Haus angelangt sind, nicht durch einen Betriebsunfall ins Unglück stürzen. Vorsicht und immer wieder Vorsicht!

Hohe Bücherpreise. Eine im Jahre 1528 von dem Londoner Buchdrucker Wynnand de Worde gedruckte Geschichte von Heinrich Löwenberg in Berlin, von der nur noch drei Exemplare vorhanden sind und die im Jahre 1864 von Huth für 1840 Mark erworben worden war, gelangte bei einer Londoner Bücherversteigerung für 12200 Mk. in den Besitz eines Londoner Antiquars. Ein „Leben Christi“, das 1870 für 126 Mk. erworben wurde, ging für 2200 Mk. in andere Hände über. Ein Werk über „Die Franzosen in Kanada“ hatte im Jahre 1864 420 Mk. gekostet und erzielte jetzt 3700 Mk. Eine „Neue Beschreibung von Irland“ von Barnabé Rich aus dem Jahre 1610, das die Erfindung von Alfier behandelt, erzielte 920 gegen 100 Mk.

Das Ende des Kriegspresseamts. Nach einer Mitteilung der „Nationalzeitung“ sollte das Kriegspresseamt am 30. November aufgelöst werden. Das Personal habe zum Teil seine Entlassung bereits erhalten.

Ein raffinierter Brothartendiebstahl. Ein Gaunerreich ähnlich dem des Hauptmanns von Köpenick wurde vor kurzem gegen eine Neuhöllner Brothrommission verurteilt. Die Räume dieser Brothrommission wurden von einem Soldaten bewacht, welcher über den Einbruch folgende Darstellung gibt: Während er auf seinem Posten stand, kam um 12 Uhr nachts ein Mann in der Uniform eines Unteroffiziers vom 64. Infanterieregiment mit einem Soldaten des gleichen Regiments. Er zeigte ein Schriftstück vor, daß mit Feldwebel Luda unterzeichnet war und in dem mitgeteilt wurde, der wachhabende Soldat sei abgelöst und solle die Bewachung einer andern, der fünften Brothrommission übernehmen. Der Begleiter des Unteroffiziers besetzte den Posten, während der Unteroffizier mit dem abgelassenen Posten sich auf den Weg nach der fünften Brothrommission machte. Unterwegs fiel es dem Unteroffizier ein, daß er dem neuen Posten noch eine Wollung zu geben habe. Er verließ daher den Soldaten, um noch einmal zurückzugeben. Nach einer Weile tauchten dem Soldaten Bedenken auf, er ging dem Unteroffizier nach, sah ihn jedoch nicht mehr; auch der Ablöser war verschwunden. Es ergab sich, daß die mit einem schweren Schloße versehene Eingangstür der Brothrommission, vor welcher der Posten gestanden hatte, gänzlich unerbrochen war, daß die Einbrecher aber von der StraÙe aus eine Scheibe eingeschlagen hatten, auf diese Weise in die Räume eingedrungen waren und 34000 Brothkarten, 3000 Kartoffelkarten und 500 Milchkarten gestohlen hatten. Nach einer andern Lesart kommen in Betracht: 34350 Brothkarten, 3400 Kartoffelkarten, 758 Vollmilchkarten, 240 Magermilchkarten und je 59 Speisefleischkarten und Eierkarten, insgesamt also 38866 Nahrungsmittelkarten.

Die Arbeitslosenfrage des graphischen Gewerbes im Oktober 1918. Von den graphischen Organisationen wurde dem „Reichsarbeitsblatt“ berichtet, daß die Buchdrucker im Oktober keine Arbeitslosen hatten, gegen 0,7 Proz. im September d. J. und 0,1 Proz. im Oktober v. J. Die Buchbinder fanden mit 0,8 (September 1,0) Proz. am höchsten, dann folgten die Lithographen und Steindruckere mit 0,6 (0,7) Proz. sowie die Buch- und Steindruckereibschäftsbetriebe mit 0,1 (0,1) Proz.

Der Geschäftsgang im Papier- und im graphischen Gewerbe. Von den Betrieben, welche Zeitungsdrukpapier herstellen, berichtet das „Reichsarbeitsblatt“ für den Monat Oktober keine besonderen Veränderungen. Gegen den Oktober des Vorjahres wird teilweise stärkere Beschäftigung gemeldet. Die Buchdruckereien sowohl als die Buchbindereien waren im allgemeinen gut beschäftigt.

